

# Islamophobie und Islamkritik

—  
Über die Notwendigkeit einer strikten Unterscheidung

## THOMAS VOLK

Geboren 1986 in Waldkirch,  
Koordinator Islam und  
Religionsdialog, Hauptabteilung  
Politik und Beratung der  
Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Mit diesem Satz manifestiert die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in ihrem Grundsatzprogramm vom Mai 2016 ihre dezidiert ablehnende Haltung gegenüber „dem“ Islam. Es ist der Versuch, sich von der

Aussage des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff abzugrenzen, der am 3. Oktober 2010 sagte: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“<sup>1</sup> Mit ihrer dezidiert den Islam ablehnenden Haltung versucht die AfD, auszutesten, wie weit sie mit ihren populistischen Forderungen gehen kann. Die Partei wagt bewusst einen Tabubruch, indem sie eine gesamte Religionsgemeinschaft diffamiert und ausgrenzt. So hält die Partei in ihrem Grundsatzprogramm etwa fest: „In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer

ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“<sup>2</sup>. Dass sich die mehr als vier Millionen in Deutschland lebenden Muslime dabei fremd im eigenen Land und zunehmend in ihrem Existenzrecht bedroht fühlen, nimmt die rechtspopulistische Partei scheinbar bereitwillig in Kauf. Es wird gezielt mit Vorurteilen und Stereotypen gegenüber den Muslimen operiert und damit ein Nährboden für gewaltsame Ausschreitungen gegen Muslime gelegt.

Die AfD offenbart mit ihrem islamfeindlichen Kurs eine prinzipiell anti-religiöse Grundhaltung und stellt das Menschenrecht auf Religionsfreiheit infrage. Es gilt daher, eindeutig festzuhalten: Die Religionsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht und gilt für alle. Das Grundrecht ist sowohl in Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen als auch in Artikel 4 des Grundgesetzes festgeschrieben. Die islamfeindlichen Aussagen der AfD tragen zu einer Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas bei und lassen zudem notwendige islamkritische Aussagen vorschnell unter den Verdacht einer Islam- oder Muslimenfeindschaft geraten.

## **SCHWIERIGE ABWÄGUNG ZWISCHEN BEGRIFFEN**

Da allerdings spätestens seit 2010 die Diskussion darüber anhält, ob „der“ Islam tatsächlich in seiner gesamten Vielfalt zu Deutschland gehört oder ob nicht vielmehr deutsche Staatsbürger muslimischen Glaubens zu Deutschland gehören<sup>3</sup>, muss eine kritische Auseinandersetzung mit islamischen Schriften auch weiterhin möglich sein. Jede Form der Kritik am Islam als Islamfeindschaft abzutun, ist unangebracht. Eine mitunter schwierige Abwägung zwischen Begrifflichkeiten ist die Folge.

Während 2010 noch 49 Prozent der Bundesbürger der Aussage Wulffs zustimmten und 47 Prozent nicht der Auffassung waren, dass der Islam zu Deutschland gehöre, hat sich die Stimmung in den vergangenen Jahren verändert. Einer im Mai 2016 veröffentlichten Umfrage zufolge denken inzwischen sechzig Prozent der Befragten, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre – lediglich 34 Prozent halten den Satz noch für richtig. Zu denken gibt, dass 58 Prozent der Befragten der Ansicht sind, die etablierten Parteien würden die Sorgen und Ängste der Bevölkerung gegenüber einem radikalen Islam nur unzureichend ernst nehmen.<sup>3</sup> Hier setzen rechtspopulistische Bewegungen an: Sie schüren Vorurteile und nutzen Ressentiments gezielt für ihre Zwecke. Die Islamfeinde argumentieren – vermutlich, ohne sich dessen bewusst zu sein – ähnlich wie Islamisten.

Für Islamfeinde wie für Islamisten ist der Islam gleichsam monolithisch und statisch. Sie halten islamische Texte aus jeweils gegensätzlicher

Perspektive für nicht hinterfragbar und allgemeingültig. Beide Seiten beziehen sich auf die Frühzeit des Islam, führen gewaltsame Suren des Koran zur Begründung der kriegerischen Natur der Religion an und negieren alle Reformansätze und zivilisatorischen Beiträge des Islams in den vergangenen Jahrhunderten. Beide Seiten betonen das Streben des Islams nach der Welt-herrschaft. Kurz: Islamfeinde und Islamisten nutzen die Religion zur Legitimation ihrer ideologischen Ansprüche.

## **PERSÖNLICHER GLAUBEN, POLITISCHE IDEOLOGIE**

Dabei muss natürlich eindeutig zwischen Islam als Religion und Islamismus als politischer Ideologie unterschieden werden. Während 98 Prozent aller Muslime weltweit friedlich ihre Religion ausüben oder „Kulturmuslime“ sind, folgt nur eine Minderheit einem pervertierten Islamverständnis. Islamisten sind meist religiöse Analphabeten: Sie legen gewaltlegitimierende Aussagen des Koran wörtlich aus, ohne den Entstehungskontext zu beachten. Eine historisch-kritische Koranexegese ist daher notwendig, denn sie zeigt: „Den“ einen Islam gibt es nicht, er ist komplex und kann Religion, Weltanschauung sowie Wirtschaftsdenken bedeuten. Die islamische Welt ist geografisch, sprachlich, kulturell und religiös heterogen. Da es seit der Abschaffung des sunnitischen Kalifats 1924 keine legitimierte Sprachinstanz des Islam gibt<sup>4</sup>, ist der Islam stets das, was seine Anhänger aus ihm machen. Daher sind pauschale Aussagen über den Islam wenig zweckdienlich. Sätze wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ sind in ihrer Absolutheit ebenso unzutreffend wie die gegenteilige Behauptung. Die Menschen nehmen durchaus wahr, dass in Saudi-Arabien bei Diebstahl die Amputation von Gliedmaßen und im Iran die Exekution Homosexueller droht. Auch das ist Teil „des“ Islams, gehört jedoch gewiss nicht zu Deutschland.

Viele sind irritiert, wenn sich islamistische Bewegungen wie die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) bei der Ausführung ihrer Taten auf den vermeintlich wahren Islam berufen. Fest steht: Nicht alle Muslime sind potenzielle Islamisten, doch alle Islamisten bezeichnen sich selbst als Muslime. Das Vertrauen dem Islam gegenüber würde wachsen, wenn Muslime dieses Spannungsverhältnis klären und den Islamisten damit ihre Grundlagen entziehen würden.

Dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung vom Januar 2015 zufolge nehmen 57 Prozent der nicht-muslimischen Befragten den Islam als eher oder sehr gefährlich wahr. Während 2012 bereits 52 Prozent der Befragten angaben, der Islam passe nicht in die westliche Welt, waren es 2015 schon 61 Prozent.<sup>5</sup> Die Autoren konstatieren: „Das bei der Bevölkerungsmehrheit vorherrschende Negativbild des Islams überträgt sich bei einem beträchtlichen Anteil auch auf das Bild der Muslime. Fast jeder Zweite fühlt sich durch

Muslime wie ein Fremder im eigenen Land.“<sup>6</sup> Interessant sind die regionalen Unterschiede: Während in Westdeutschland 55 Prozent den Islam bedrohlich finden, sind es in Ostdeutschland 66 Prozent. In Sachsen sind es sogar 78 Prozent.<sup>7</sup> Dies mag wenigstens teilweise erklären, dass in Dresden, mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil von nur 0,4 Prozent, die populistische Bürgerbewegung PEGIDA so erfolgreich war.

In Gegenden mit schwacher religiöser Verwurzelung der Bevölkerung ist die Furcht vor dem Islam nachweislich größer. Dies kann sich mittelfristig auswirken: Während die nicht-muslimische Bevölkerungsmehrheit immer säkularer wird, wächst die muslimische Bevölkerung in Deutschland – sie wird heterogener, und der Islam in Deutschland wird sichtbarer und selbstbewusster. Das scheint viele Bundesbürger zu ängstigen.

## FEINDBILDFUNKTION UND „ISLAMOPHOBIE“

Der Islam hat anstelle des Antikommunismus im Kalten Krieg eine Art Feindbildfunktion, von der man mit Alexander Häusle annehmen kann, dass sie „offenbar zum Zwecke der Selbstdefinition und Selbstvergewisserung als gewissermaßen dialektisches Gegenüber zur eigenen Identitätserfassung existenziell notwendig geworden“<sup>8</sup> sei. Das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen stellt fest, „dass Muslime wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert und abgewertet werden“<sup>9</sup>. Zugleich befürwortet aber die Mehrheit der Befragten einen bekenntnisorientierten Islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen und würde in ihrer Nachbarschaft den Bau einer Moschee akzeptieren.<sup>10</sup>

Wie erklärt sich dann, dass eine vom türkischen Forschungsinstitut SETAV durchgeführte Studie zu dem Ergebnis kommt, „Islamophobie ist 2015 eine unbestreitbare Kraft in der deutschen Gesellschaft geworden.“ Ist Deutschland tatsächlich islamophob? Und was ist der Unterschied zwischen berechtigter Islamkritik und menschenverachtender Islamfeindschaft?

„Islamophobie“ – ein derzeit häufig gebrauchtes Wort, von Islamverbänden und dem eher links orientierten politischen Spektrum benutzt, wenn es kritische Bemerkungen über den Islam oder Muslime abzuwehren gilt. Wörtlich übersetzt bedeutet das Wort „Furcht vor dem Islam“. Der medizinische Begriff Phobie steht für eine Angststörung. Der Soziologe Armin Pfahl-Traughber stellt zu Recht fest: „Für feindliche Einstellungen gegen Muslime scheint der Begriff ‚Islamophobie‘ allerdings nicht angemessen. Denn er legt irreführend nahe, dass es sich bei den Einstellungen nur um übertriebene Angstgefühle handele und nicht um folgenreiche Ressentiments.“<sup>11</sup>

Der Begriff ist spätestens seit der Veröffentlichung der Studie des britischen Runnymede Trust 1997 *Islamophobia – A challenge for us all* fester Bestandteil öffentlicher Debatten. Interessant ist der historische Ursprung des

Begriffs. Er wurde während der Islamischen Revolution 1979 von iranischen Mullahs verwendet, um Frauen, die der Vollverschleierung nicht nachkommen wollten, als „schlechte Musliminnen“ und als „islamophob“ zu diffamieren.<sup>12</sup> „Anstatt irgendeinen Rassismus zu bezeichnen, dient das Wort in Wirklichkeit dazu, diejenigen zu disqualifizieren, die sich den Fundamentalisten widersetzen, und das sind zuerst die Feministinnen und die liberalen Moslems.“<sup>13</sup> Passender als der Begriff „Islamophobie“ ist daher für die grundsätzliche Ablehnung des Islam die Terminologie „Islamfeindlichkeit“.

## FURCHT VOR DEM INNEREN FEIND

Unter Islamfeindlichkeit wird die allgemeine Ablehnung des Islam, nicht jedoch die seiner Anhänger, der Muslime, verstanden. Für viele rechtspopulistische Bewegungen sind die Übergänge von Islam- zu Muslimenfeindlichkeit jedoch fließend. Pfahl-Traughber stellt fest: „Selbst wer den Islam rigoros ablehnt und ihn für aufklärungsfeindlich und rückwärtsgewandt hält, muss dies nicht mit der Diskriminierung der Muslime bezüglich ihrer Bürger- und Menschenrechte verbinden.“<sup>14</sup> Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Populisten unterscheiden oft nicht zwischen kritikwürdigen Passagen islamischer Texte und unveräußerlichen Menschenrechten. Folgende Beobachtung scheint auch auf die deutsche Debatte zuzutreffen: „War das historische Thema der Islamfeindlichkeit, den Fremden in der Fremde zu bekämpfen, ist das Thema der modernen Islamfeindlichkeit, den ‚Fremden‘ im Inneren zu bekämpfen. Der *Fremde im Inneren* erscheint hierbei gefährlicher als der *äußere Feind*, der durch territoriale Grenzziehungen beherrschbar erscheint, während der Fremde im Inneren sich der Kontrolle jederzeit entziehen kann und somit unberechenbar bleibt.“<sup>15</sup> Die Verschwörungstheorien rechtspopulistischer Bewegungen und die Behauptung von der „Islamisierung des Abendlandes“ allein durch die Präsenz von Muslimen belegen diese Furcht vor dem „inneren Feind“.

Islamfeinde projizieren die Furcht vor dem Islam auf Muslime: Sie stellen nicht nur das unveräußerliche Menschenrecht auf Religionsfreiheit für Muslime infrage, sondern schüren gezielt antimuslimischen Rassismus, der das politische Klima im Land nachhaltig zu beeinflussen droht.

## RELIGIONSFREIHEIT, MEINUNGSFREIHEIT, KRITIKFÄHIGKEIT

In seinem Artikel „Strengt euch an!“ schreibt Ufuk Özbe: „Wenn der Koran nicht kritisierbar ist, dann ist auch der Islam nicht reformierbar.“ Diese Aussage dürfte für viele bereits als islamfeindlich, für einige womöglich auch als islamophob gelten. Özbe weiter: „Wer derzeit den Koran kritisiert, wird als

Islamfeind verdächtigt, auch wenn er selbst Muslim ist.“ Zahlreiche Muslime können als Kronzeugen angeführt werden. So der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Er fordert seit Langem, den Koran hermeneutisch zu interpretieren, und wünscht sich ein Islamverständnis jenseits des normativen Verständnisses einer Gesetzesreligion. Islamverbände drängten daraufhin auf die Aberkennung seiner Lehrbefugnis und sprachen dem gläubigen Muslim die Aufrichtigkeit im Glauben ab.

Auch der islamische Religionspädagoge Abdel-Hakim Ourghi ermuntert die Muslime zu einer historisch-kritischen Lesart des Koran und kritisiert die Blockade der Islamverbände. Ourghi betont: „Konstruktive Kritik an der Religion darf nicht mehr als Beleidigung aufgefasst werden, damit die Muslime nicht mehr unbewusst in die Opferrolle geraten.“ Islamkritik richtet sich „mit Einwänden gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion, verwirft die Religion aber nicht im Sinne eines pauschalen Feindbildes“<sup>16</sup>. Sie ist nicht mit Islamfeindlichkeit zu verwechseln, die den Islam pauschal als gefährlich und nicht demokratiekompatibel zurückweist. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit der Muslime bleibt unangetastet, wenn vom Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht wird.

Populisten zeichnen von sich ein Bild säkularer Freiheitskämpfer, die mutig gegen den vermeintlichen Mainstream angehen. „Die Islamfeindlichkeit richtet sich insofern keineswegs nur gegen den ausgemachten Feind: den Islam, sondern auch gegen diejenigen, die ihn nicht als Feind betrachten.“ Konkret heißt das: „Kaum ein Angriff gegen Muslime, der nicht gekoppelt ist mit Angriffen gegen die nichtmuslimische Gesellschaft, die zu tolerant, fälschlich liberal und naiv sei.“<sup>17</sup> Populisten den Nimbus der aufrechten Verfechter der Meinungsfreiheit zu nehmen, sollte ein weiterer Grund sein für Medien und etablierte Parteien, notwendige Islamkritik nicht zu tabuisieren.

Der Begriff der Islamophobie scheint im deutschen Kontext unpassend. Er hat eine zweifelhafte Historie und wird häufig als „Keule“ gegen jede unerwünschte Äußerung über den Islam oder Muslime benutzt. Zur Charakterisierung populistischer Bewegungen, die gegen den Islam und Muslime hetzen, eignen sich die Begriffe Islam- oder Muslimenfeindlichkeit. Islamkritik als Religionskritik muss in einem säkularen Rechtsstaat möglich sein. Eine Schere im Kopf darf es auch bei diesem Thema nicht geben. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Minderheitenschutz, die Religions-, Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit sind nicht verhandelbar. Antisemitismus wird nicht geduldet. Wenn Textstellen islamischer Schriften im Gegensatz zu diesen Überzeugungen stehen, gilt: Das Grundgesetz steht in Deutschland über religiösen Schriften – dies gilt auch für den Islam. Islamkritik gehört zu Deutschland, Islamfeindschaft hingegen nicht.

- <sup>1</sup> Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html) (28.10.2014).
- <sup>2</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 49, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf) (04.07.2016).
- <sup>3</sup> 60 Prozent glauben, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/infratest-dimap-prozent-in-umfrage-islam-gehört-nicht-zu-deutschland-1.2990871> (18.05.2016).
- <sup>4</sup> Die Al-Azhar-Universität in Kairo gilt für sunnitische Muslime durch ihre Rechtsgutachten als eine Autorität. Schiiten in Iran kennen z. B. den Wächterrath.
- <sup>5</sup> Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung, [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51\\_Religionsmonitor/Zusammenfassung\\_der\\_Sonderauswertung.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf) (03.06.2016).
- <sup>6</sup> Sonderauswertung Islam, S. 7.
- <sup>7</sup> Sonderauswertung Islam, S. 8.
- <sup>8</sup> Häusler, Alexander: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Springer SV, Wiesbaden 2016, S. 159.
- <sup>9</sup> Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland, S. 40 und S. 43.
- <sup>10</sup> Ebenfalls SVR-Jahresbericht 2016.
- <sup>11</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel> (24.05.2016).
- <sup>12</sup> Islamophobie? Über die Karriere eines Begriffs. <http://jungle-world.com/artikel/2003/50/11968.html> (03.06.2016).
- <sup>13</sup> Islamophobie? Über die Karriere eines Begriffs.
- <sup>14</sup> Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel.
- <sup>15</sup> Alexander Häusler, a. a. O., S. 158.
- <sup>16</sup> Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel.
- <sup>17</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, S. 220.

#### **Weiterführende Literatur**

Abdel-Hakim Ourghi: „Aufklärung“ des Islams?!, Analysen & Argumente, Nr. 211 / Juli 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, <http://www.kas.de/wf/de/33.45804>.